WWW.KLASSENKAMPFBLOCK.BLOGSPORT.DE

basis

ZEITUNG DES KLASSENKÄMPFERISCHEN BLOCKS

#02 · Frühling · 2/2013

PREKARISIERUNG & PRIVATISIERUNG GLEICH PROFITMAXIMIERUNG

DEM KAPITALISMUS DEN KAMPF ANSAGEN!

GEGEN NIEDRIGLOHN UND LEIHARBEIT

Unsichere Arbeitsverhältnisse haben sich in der BRD in den letzten Jahren massiv ausgebreitet. »Normalarbeitsverhältnisse« wurden abgebaut und gleichzeitig hat sich der Anteil der Lohnabhängigen in Minijobs, Leih- und Zeitarbeit sowie Teilzeitarbeit stark erhöht. Immer mehr Menschen sind prekär beschäftigt, das heißt sie haben befristete Verträge, leisten unbezahlte Praktika, haben weniger Rechte oder ein sehr niedriges Einkommen.

Bereiche in denen prekäre Beschäftigung vorherrschen sind zum Beispiel Call-Center, Gastronomie, Friseurhandwerk und Einzelhandel. Die Agentur für Arbeit zwingt zudem Erwerbslose zu Zehntausenden prekäre Arbeitsverhältnisse einzugehen. In besonderem Maße sind Frauen von dieser Entwicklung betroffen. Der Anteil von Frauen im Niedriglohnsektor beträgt 70 Prozent. Im Gesundheits-, Sozial- und Erziehungswesen – Bereiche in denen überproportional Frauen arbeiten – sind unsichere Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit und eine hohe Arbeitsintensität stark verbreitet.



SOLIDARITÄT STATT SPALTUNG

Seit dem 1. Januar 2012 gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn für die Beschäftigten der Leiharbeitsbranche, der bei 8,19 Euro im Westen und 7,50 Euro im Osten liegt. Um diese Regelung zu umgehen, setzen Unternehmen zunehmend auf Werkverträge, bei denen die MitarbeiterInnen geringer entlohnt werden.

In Supermärkten sind beispielsweise RegaleinräumerInnen bei einer externen Firma angestellt und bekommen, auch wenn sie die gleiche Arbeit wie die anderen MitabeiterInnen leisten, nur die Hälfte bezahlt, das heißt etwa sechs Euro die Stunde. Durch die unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse, die in den Betrieben existieren, wird die Belegschaft aufgesplittert und die Solidarität untereinander und die gemeinsame Kampfperspektive werden erschwert. Doch auch in prekären Beschäftigungsfeldern ist Widerstand möglich. Im Sommer 2012 streikten beispielsweise Beschäftigte des Sparkassen-Callcenters »S-Direkt« 117 Tage in Halle mit Erfolg für einen Tarifvertrag, der höhere Löhne und mehr Urlaub beinhaltet. Das anzustrebende Ziel in allen Bereichen heißt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit statt Konkurrenz, Spaltung und Dumpinglöhne!

NEOLIBERALE AUSPLÜNDERUNG STOPPEN

Die Ausbreitung des Niedriglohnsektors, die Kürzung sozialer Leistungen und die Erhöhung des Drucks auf alle Lohnabhängigen ist Teil der mit der Agenda 2010 eingeleiteten Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes. Die neoliberale Politik, die seit Beginn der 1990er Jahre von allen Regierungen in der BRD betrieben wird, beinhaltet auch die Privatisierung öffentlichen Eigentums und den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme. Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Energie, Personennahverkehr und Wasser wurden Profitinteressen von Unternehmen ausgeliefert. In Berlin besteht aktuell durch die Ausschreibung von Teilen des S-Bahn-Netzes die Gefahr einer Zerschlagung und Privatisierung.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT ORGANISIEREN

Es geht den herrschenden Eliten darum den »Standort Deutschland« in der internationalen Konkurrenz zu sichern und auszubauen. Dieses Ziel wird in der Öffentlichkeit als im Interesse des Gemeinwohles verkauft, obwohl davon nur eine Minderheit profitiert und international die Menschen in Armut und Perspektivlosigkeit getrieben werden. In Griechenland hat das Diktat von EU, IWF und Europäischer Kommission dazu geführt, dass über 1 350 000 Menschen erwerbslos sind, die Löhne massiv gesenkt wurden und die Selbstmordrate stark gestiegen ist. Doch es regt sich international weiterhin Widerstand gegen die Kürzungspolitik. ArbeiterInnen in Griechenland haben auch Fabriken besetzt und die Produktion in Eigenregie übernommen. Ein Beispiel ist die Fabrik Vio.Me in Thessaloniki, die Baustoffe herstellt und von den BesitzerInnen verlassen wurde. Die Beschäftigten haben mittlerweile die Produktion in demokratischer Selbstverwaltung und unter ArbeiterInnenkontrolle wieder aufgenommen.

HER MIT DEM SCHÖNEN LEBEN

Guten Arbeits- und Lebensbedingungen steht die Profitlogik des Kapitalismus unausweichlich gegenüber. Die Unternehmen wollen um in der Konkurrenz zu bestehen immer ihre Kosten so gering wie möglich halten. Innerhalb des Kapitalismus wird es somit permanent einen Kampf um Löhne, Arbeitszeiten und Sozialleistungen geben. Diesen Kampf gilt es hier und heute voranzubringen. Allerdings dürfen wir dabei nicht stehenbleiben, sondern müssen das Ziel einer ganz anderen gesellschaftlichen Ordnung – einer Gesellschaft ohne Armut, Gewalt, Not und Angst – in unseren Kämpfen thematisieren. Diese zu erkämpfende Perspektive ist nur ohne kapitalistische Eigentumsverhältnisse, ohne Konkurrenz und ohne die Ausrichtung auf die Profitmaximierung möglich. Um eine solche Perspektive zu verwirklichen, bedarf es eines langfristigen Aufbaus von klassenkämpferischen Strukturen in den Betrieben und Gewerkschaften, im Stadtteil, an Schulen und Hochschulen. Wir setzen auf Selbstorganisierung und Selbstermächtigung statt unsere Belange dem Staat oder anderen Institutionen zu überlassen. ■

MODERNE SKLAVEREI



Leiharbeit ist auch im Pflegebereich weit verbreitet. Der Berufsalltag ist durch eine hohe Belastung gekennzeichnet. Für LeiharbeiterInnen sind die Bedingungen noch schwerer, sie haben oft weniger Rechte. Eine Leiharbeiterin im Pflegebereich berichtet im Interview von ihren Erfahrungen. » 02

MISERE DURCH PROFITDRUCK



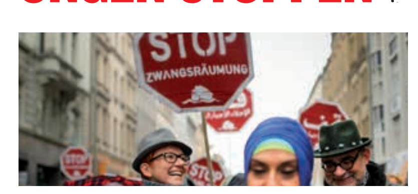
Ein Teil des Netzes der Berliner S-Bahn wird aktuell ausgeschrieben. Nachdem die Deutsche Bahn AG die Berliner S-Bahn kaputtgespart hat, setzt der Senat jetzt auf Privatisierung und Zerschlagung. Beschäftigte und NutzerInnen stellen sich gegen die Profitausrichtung im öffentlichen Nahverkehr. » 03

STREIKEN FÜR TARIFVERTRAG



Die Beschäftigten des Verpackungsmittelherstellers Neupack streiken seit Monaten für einen Tarifvertrag. Sie fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Ein Aktivist des Soli-Kreis Neupack gibt Einblicke in den Arbeitskampf und die Solidaritätsarbeit. » 04

ZWANGSRÄUMUNGEN STOPPEN



In Berlin haben sich MieterInnen und mietenpolitische AktivistInnen zusammengeschlossen um Widerstand gegen Zwangsräumungen zu organisieren. Ein Aktivist der Initiative »Zwangsräumungen verhindern« berichtet von dem Versuch eine Zwangsräumung in Kreuzberg zu stoppen. » 05

ALTERNATIVE VON UNTEN



In Griechenland herrscht durch das Kürzungsdiktat von EU und griechischer Regierung eine tiefgreifende soziale Misere. Der soziale Widerstand sieht sich staatlicher Gewalt und einer wachsenden faschistischen Gefahr gegenüber. Eine griechische Aktivistin informiert über die aktuelle Situation. » 06

AUSGEQUETSCHT WIE EINE ZITRONE

Interview mit Anastasia Blinow, Leiharbeiterin im Pflegebereich, zu ihren Arbeitsbedingungen

Wie sah deine tägliche Arbeit aus, was waren deine Aufgaben?

Anastasia: Als Pflegehelferin in einer Leasingfirma wird man meistens überall eingesetzt. Man bekommt Einsätze in Altersheimen, Krankenhäusern, betreuten Wohnungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Einsätze auf unterschiedlichen Stationen, zum Beispiel Psychiatrie oder Chirurgie, bedeuten auch unterschiedliche Arbeitsabläufe. Generell handelt es sich um folgende Tätigkeiten: die BewohnerInnen beziehungsweise PatientInnen wecken oder zur Nacht vorbereiten, beim Waschen oder Duschen helfen, Mundhygiene durchführen, die Haut pflegen, beim An- und Auskleiden helfen, die Haare kämmen und so weiter. Das Essen auszuteilen und Getränke zu verteilen, das schmutzige Geschirr aus den Zimmern abzuholen – das alles gehört auch dazu. Hinzu kommt die Pflegedokumentation, das heißt Pflegeberichte schreiben und durchgeführte Tätigkeiten eintragen.

Der Bereich der Pflege wird ja sehr oft unter emotionalen Gesichtspunkten behandelt und beansprucht den ganzen Menschen. Konntest du das gut bewältigen oder waren deine Arbeitsbedingungen sehr stressig?

Anastasia: Meine Arbeitsbedingungen als Leasingkraft (LK) waren und bleiben stressig. Die werden auch so bleiben, weil die Situation in der Pflege generell nicht besser wird. Es ist nicht nur ein Problem der LK. Das Stammpersonal in Krankenhäusern befindet sich oft nicht in einer besseren Situation. Sie haben viele Probleme wie Personalmangel, Druck von ihren Chefs und eine wachsende Zahl an Aufgaben und Volumen der Arbeit. Die Festangestellten sind unsere Vorgesetzten, aber gleichzeitig auch unsere KollegInnen. Das ist eine schwierige Situation. Es hängt nicht nur von mir ab, ob ich am Arbeitsort auch als Kollegin wahrgenommen werde oder nur als jemand, dem man Befehle geben kann. Ich habe beides schon erlebt, dass ich als Kollegin mit Respekt und als Partnerin in der Arbeit wahrgenommen wurde; und dass ich so behandelt wurde, dass ich das Gefühl bekam, eine Gefangene oder eine Sklavin zu sein. Solche Momente erinnerten mich an die Meinung von Bekannten, die Leiharbeit als nichts anderes als moderne Sklaverei bezeichnen.

LeiharbeiterInnen sollen offiziell Zeiten mit besonders vielen Aufträgen abdecken oder die Krankheits- und Urlaubszeiten von KollegInnen überbrücken. Oft werden sie jedoch für ganz normale, regelmäßig anfallende Arbeiten eingeteilt. Wie war das bei dir?



Anastasia: Ich wechsle meine Arbeitsplätze jeden Tag. Und als LK bin ich gerade diejenige, die dafür da ist, die Arbeit derjenigen zu erledigen, die ausgefallen sind. Ich werde gerade dann gebucht, wenn der Kunde aufgrund Personalausfalls oder Personalmangels eine Aushilfe braucht. So betrachtet bin ich es gewöhnt für jemanden einzuspringen. Aber es gibt durchaus Stationen, die dauerhaft zu wenig feste Stellen haben und schon seit mehreren Jahren ständig LeiharbeiterInnen einsetzen.

Welche Auswirkung hat die Beschäftigung als Leiharbeiterin auf deinen Tagesablauf?

Anastasia: Mit meiner allerersten Firma war es echt grausam. Es war sehr frustrierend und deprimierend. Ich wusste nie, wann und wo ich heute arbeite und ganz schlimm war es, dass ich nicht wusste, ob ich heute überhaupt arbeite. Ich verbrachte die Tage in Erwartung auf eventuellen Dienst. Dieser Bereitschaftsdienst war unbezahlt. Ich wusste immer erst, wenn der Tag schon fast vorbei war, dass ich heute einen »freien Tag« hatte. Es führte dazu, dass ich nichts planen konnte. Mich zu verabreden war schwer, für Termine bei ÄrztInnen wurde erwartet, dass ich sie einen Monat im Voraus bei der Leiharbeitsfirma anmelde. Ich fühlte mich wie an die Firma gefesselt. Sogar am Abend erlaubte sich mein Arbeitgeber noch, mich anzurufen und mir kurzfristig noch eine Nachtschicht für den selben Tag »anzubieten«. Ich wurde unter Druck gesetzt. Es war sehr schwer, einen Dienst nicht anzunehmen.

Wenn ich krank war, bekam ich die Unzufriedenheit von Seiten des Arbeitgebers zu hören. Die Krönung war, dass, als ich wegen Krankheit ausfallen musste, die Koordinatorin mir am Telefon sagte, dass es nicht sozial sei, mich auf dem Rücken der anderen auszukurieren. Diese Aussage tat mir sehr weh. In dem Moment hatte ich verstanden: in dieser Firma spielt es keine Rolle, wie man sich anstrengt, egal wie viel Mühe man sich gibt, den Anforderungen des Arbeitgebers und den Kunden zu entsprechen, wie gut man versucht, seine Aufgaben zu erledigen. Es wird einfach nicht berücksichtigt. Die Hauptsache ist der Gewinn der Firma. Sie quetschten ihre MitarbeiterInnen wie eine Zitrone aus, und wer nicht mehr konnte, durfte einfach gehen.

Wie sah deine Entlohnung aus? Weißt du, ob du mit deiner Arbeit fest angestellte KollegInnen ersetzt hast, und ob diese mehr bekommen haben, zum Beispiel nach einem Tarif?

Anastasia: In meiner ersten Firma war die Entlohnung sehr schlecht. Jede fest angestellte Kollegin bekam mehr für die gleiche Arbeit, die ich auch erledigte. Bei meiner aktuellen Entlohnung weiß ich nicht, ob fest angestellte KollegInnen mehr oder weniger bekommen. Das Stammpersonal bekommt unterschiedliche Zuschläge und Zulagen – das sind arbeitsvertragsabhängige besondere Konditionen. Das wirkt sich auf das Endgehalt aus.

Gerade im Dienstleistungsbereich sind Beschäftigte im Berufsalltag oft alleine und auf sich gestellt. Gibt es da, wo du jetzt beschäftigt bist, einen Austausch untereinander?

Anastasia: Meine aktuelle Firma stellt einen Raum im Bürobereich zur Verfügung, wo man sich treffen kann. Sie bieten uns auch an, mit unseren Problemen zu kommen sowie untereinander und mit dem Büropersonal zu diskutieren. Ich bin leider dazu noch nicht gekommen, deshalb kann ich nicht sagen, ob es funktionieren würde, so meine Probleme zu lösen. Die Gespräche miteinander gibt es und sogar oft – allerdings ausschließlich, wenn wir uns beim Schichtwechsel treffen. Ich halte es für sehr nötig, dass wir uns organisieren. Ich habe diese Idee schon lange.

Was kannst du KollegInnen raten, die in einer ähnlichen Situation – also Leiharbeit bei sorgender Tätigkeit am Menschen – sind?

Anastasia: Lasst euch nicht unterkriegen! ■





AUCH DAS NOCH: WERKVERTRÄGE IM HANDEL

Berliner Handelsunternehmen setzen auf Lohndumping

Mittlerweile wundern sich ja bereits viele von uns, wenn sie etwa in einem Supermarkt einkaufen gehen und dort mindestens zwei unterschiedlich gekleidete MitarbeiterInnen antreffen. Die einen tragen in der Regel die klassische Arbeitsbekleidung des Supermarkts – die anderen nicht. Das damit so deutlich veranschaulichte, traurige Phänomen der Belegschaftsspaltung wird dabei durch ein arbeitsrechtliches Schlupfloch möglich: So genannte Werkverträge.

Gerade auch im Handel wird bereits in vielen Fällen auf solche als »Service-Dienstleister« bezeichneten Werkvertragsfirmen zurückgegriffen. Zu solchen Anbietern in diesem Bereich – auch in Berlin – gehört dabei das Unternehmen »Retail Instore Logistics« (RIL) aus Baden-Württemberg. Die Vorteile für die Berliner Handelsunternehmen liegen dabei klar auf der Hand: Während normale KollegInnen – etwa im Großhandel – in der Hauptstadt knapp zwölf Euro die Stunde verdienen, bekommt die Belegschaft der Werkvertragsfirma mit 6,12 Euro (Ost) nur etwa die Hälfte. Da der Mindestlohn für LeiharbeitnehmerInnen seit November 2012 bereits bei 7,50 Euro im Osten liegt, ist ein Werkvertrags-Mitarbeiter wesentlich günstiger.

Weiterhin fällt für das Handelsunternehmen auch die Verantwortung durch unbefristete Vollzeitverhältnisse weg. Denn darum muss sich nun auch die Werkvertragsfirma kümmern, die ihrerseits fast ausschließlich befristete Arbeitsverträge, Minijobs oder Teilzeit-Verträge anbietet. All das, was das Handelsunternehmen bei seiner eigentlichen Belegschaft unter den gegebenen Umständen also nur schwer oder gar nicht durchsetzen könnte, wird hinten herum einfach über die Werkvertragsfirmen faktisch in der Firma eingeführt. Neben dem Einzelhandel sind es auch Cash & Carry Großhandelsmärkte in der Bundeshauptstadt, in denen Werkvertragsfirmen wie die RIL eingesetzt werden. Als Beispiel kann hier der Metro-Markt am Ostbahnhof gelten. Eingesetzt werden Werkvertragsfirmen dort vor allem im Kassenbereich, aber auch bei der Warenverräumung oder der Leergut-Abwicklung.

Für die KollegInnen bedeutet dies dann folgendes: Trotz einer – in nicht wenigen Fällen – existierenden kaufmännischen Ausbildung sind sie in einem prekären, befristeten Teilzeit-Arbeitsverhältnis mit schlechten Bedingungen angestellt, bei dem in der Regel auch noch mit Hartz IV aufgestockt werden muss, um über die Runden zu kommen.

Trotz dieser augenfälligen Ausbeutung ist der Widerstand dagegen eher verhalten. Zwar wissen die Stammbelegschaften vom traurigen Los ihrer WerkvertragskollegInnen – zu großem Widerstand führte das bisher aber nicht. Oftmals herrscht die Angst um den eigenen Arbeitsplatz vor, der auch bald durch die Werkvertragsfirma ersetzt werden könnte. Daneben wird von Unternehmensseite als Leitbild propagiert: Die KollegInnen sollen zwar gleichberechtigt arbeiten, aber ohne dass über die ungleichen Arbeitsbedingungen diskutiert wird. Dazu kommt, dass durch die hohe Fluktuation und die wechselnden Einsatzbereiche der MitarbeiterInnen aus der Werkvertragsfirma engere Beziehungen kaum möglich sind.

Und als sei das nicht genug, führt auch noch die oftmals schlechte Einarbeitung und ungenügende Anleitung durch die Werkvertragsfirma zu innerbetrieblichen Konflikten mit den KollegInnen und zu fehlender Solidarität von Seiten der Stammbelegschaft. Es wird sich erst zeigen müssen, wie lange Werkvertragsfirmen mit ihrer bisherigen Praxis durchkommen, ehe – analog zur Leiharbeitsbranche – halbwegs akzeptable Bedingungen festgesetzt werden. Es wird hier auf den politischen und gewerkschaftlichen Druck ankommen, den wir auf die Wirtschaft und Politik aufbauen!

Klar ist aber auch: Die Konzernspitzen werden weiterhin auf Entrechtung und Lohndumping setzen, egal unter welchem Namen. Es muss daher unsere Aufgabe als KollegInnen sein, uns so zu vernetzen und zu organisieren, dass wir uns gegen die Spaltungen und Ausbeutung der Unternehmensführung wehren können. Sicherlich alles andere als eine leichte Aufgabe. ■



OHNE RÜCKSICHT AUF VERLUSTE

Berliner Senat startet die Ausschreibung, Zerschlagung und Privatisierung der Berliner S-Bahn auf ein Neues



Der Berliner Senat hat im Juli 2012 mit der Teilausschreibung der Berliner S-Bahn begonnen. Im Februar 2013 wurde das Ausschreibungsverfahren modifiziert, da die Deutsche Bahn Beschwerde eingelegt hatte. Es ist nun eine Laufzeit von 15 Jahren für den S-Bahn-Ring S41 und S42 und die Zubringerlinien S46, S47 und S8 vorgesehen. Es haben neben der S-Bahn Berlin GmbH als bisherigem Betreiber, auch Unternehmen aus Frankreich, China und Großbritannien Interesse bekundet. Wer den Zuschlag erhält, soll im Sommer 2014 bekannt gegeben werden.

Die Mehrheit der S-Bahn-Beschäftigten und über 30 000 S-Bahn-Fahrgäste haben sich gegen die Teilausschreibung, Zerschlagung und Privatisierung ihrer S-Bahn ausgesprochen. Der Senat hält jedoch am Vergabeverfahren fest. Ohne Rücksicht auf Verluste. Obwohl der Berliner Senat laut Paragraph 17 der VOL/A (Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A) die Möglichkeit hat eine bereits veranlasste Ausschreibung der Berliner S-Bahn wieder aufzuheben, wenn schwerwiegende Gründe vorliegen. Es gibt zudem auch die Möglichkeit der so genannten Inhouse-Vergabe, an einen internen, kommunalen Betreiber. Damit könnte wieder unmittelbar öffentlich Einfluss auf den Betrieb genommen werden.

Die aktuelle Misere bei der Berliner S-Bahn wurde verursacht, weil die Deutsche Bahn AG bei Personal und materiellen Ressourcen spart, um die Rendite zu erhöhen. Ende März 2013 hatte das Management der Deutschen Bahn AG Rekordgewinne bei der jährlichen Bilanzpressekonferenz vorgestellt. Der Gewinn beruht weitgehend auf staatlichen Unterstützungsgeldern und er wird dazu eingesetzt, eine aggressive Aufkaufspolitik im Ausland zu betreiben. Gleichzeitig fährt die Deutsche Bahn im Inland auf Verschleiß: die Infrastruktur ist marode, Bahnhöfe werden aufgegeben und veraltetes Wagenmaterial ist im Einsatz. Gleichzeitig kam es in den letzten zehn Jahren zu Preiserhöhungen von 35,2 Prozent im Fern- und 34,7 Prozent im Nahverkehr.

Auch bei der Vergabe der Berliner S-Bahn an einen privaten Betreiber stehen dessen Gewinnerwartungen im Mittelpunkt. Die Unternehmen und Konzerne sehen den öffentlichen Nahverkehr als lukratives Geschäft an. In der garantierten Einnahmequelle sehen die an der S-Bahn interessierten Unternehmen ihre Möglichkeit Millionen für ihre Rendite abzuzweigen. Wie hoch diese ausfallen, das wird sich dann auch bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zeigen.

Die EU-Verkehrspolitik fördert seit Jahren Privatisierung, Zerschlagung, Sozialdumping, Outsourcing und Angriffe auf Tarifverträge in der gesamten EU. Anfang 2013 wurde das 4. Eisenbahnpaket der EU-Kommission vorgestellt. Die inländischen Personenverkehrsmärkte in der EU sollen weiter für den Wettbewerb geöffnet werden. Die Trennung von Infrastruktur und Betrieb soll damit forciert werden. Auch die Bundesregierung will ein neues Gesetz auf den Weg bringen. Der »Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Regulierung im Eisenbahnbereich« beinhaltet die Weiterführung der 1994 begonnenen Strukturreform der Eisenbahnen und die Förderung des Wettbewerbs auf der Schiene. Am 25. März 2013 wurde das Gesetz im Bundestag beraten. Statt Liberalisierung, Wettbewerb und der Orientierung am Profit, wollen wir einen öffentlichen Personennahverkehr unter demokratischer Kontrolle. Nicht die Wirtschaftsinteressen von Unternehmen dürfen im Vordergrund stehen, sondern allein die Bedürfnisse von NutzerInnen und Beschäftigten.

Die neoliberale Politik im Verkehrswesen ist aber nur ein Ausschnitt einer allgemeinen Entwicklung. Uns alle trifft in den verschiedensten Bereichen eine zunehmende Arbeitsverdichtung bei sinkenden Reallöhnen. Streichung von Arbeitsplätzen ist verbunden mit der Arbeitsverdichtung bei den verbliebenen Stellen. Alle Verschlechterungen geschehen im Namen des Wettbewerbs. Dagegen können wir uns nur gemeinsam wehren. Statt passiv abzuwarten müssen wir uns vernetzen und für unsere Interessen kämpfen und streiken! Weitere Informationen unter aktionsausschuss.blogspot.com. ■

PROTEST GEGEN AUSSCHREIBUNG DER BERLINER S-BAHN

Die Krise bei der S-Bahn wurde durch die neoliberale Umstrukturierung des Eisenbahnmarktes ausgelöst. Aus der Deutschen Bahn wurde ein gewinnorientiertes Unternehmen gemacht, bei dem nur noch die Profite im Vordergrund stehen und nicht mehr die Mobilität der Menschen. Wir stellen uns gegen diese Politik, die allein der Profitmaximierung dient. Wir wollen unseren Protest gegen die Teilausschreibung der Berliner S-Bahn zu den politisch Verantwortlichen tragen. Unsere Alternative ist eine S-Bahn im Interesse von NutzerInnen und Beschäftigten!

Kommt zur Kundgebung am 29. April 2013 um 17 Uhr vor die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Württembergische Straße 6, 10707 Berlin. ■

KÄMPFERISCH IN DIE TARIFVERHANDLUNGEN

Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisierung

Im Jahr 2013 finden wichtige Tarifverhandlungen in der Bundesrepublik statt. Rund zehn Millionen KollegInnen waren beziehungsweise sind davon betroffen. Nach Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung betrugen die Tarifsteigerungen 2012 im Schnitt 2,7 Prozent, was inflationsbereinigt ein reales Plus von 0,7 Prozent ergab. Das soll 2013 besser werden!

Eine über das übliche Maß hinausgehende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erfuhren die Tarifverhandlungen zwischen Verdi und der Verhandlungskommission der Länder. Es gab eine kämpferische Stimmung bei den verschiedenen Warnstreiks, die Mobilisierung bei den Lehrkräften war sehr erfolgreich. Bei den Warnstreiks in Berlin gingen über 12 000 Beschäftigte auf die Straße, besonders aktiv dabei die ErzieherInnen, die an den Schulen eingesetzt werden. In Düsseldorf nahmen über 10 000 am Warnstreik teil. Die Sympathie in der Bevölkerung für die Warnstreikenden war wesentlich größer als in den vergangenen Jahren, die Forderungen trafen auf deutliches Verständnis. Die Argumentation der PolitikerInnen von den knappen Kassen griff in der Öffentlichkeit überhaupt nicht. Unter den warnstreikenden KollegInnen kam ein verbindendes, über den jeweiligen Betriebsbereich hinausgehendes Gemeinschaftsgefühl auf. Leider kam ein mageres Ergebnis heraus: Rückwirkend ab dem 1. Januar 2013 gibt es 2,65 Prozent mehr Lohn, ab dem 1. Januar 2014 kommen dann 2,95 Prozent hinzu; die Laufzeit beträgt 24 Monate.

Bei den Tarifverhandlungen zwischen der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und der Deutschen Bahn als Verhandlungsführerin auf der anderen Seite wurde mit einer Laufzeit von 19 Monaten sechs Prozent mehr Lohn in zwei Stufen für rund 130 000 KollegInnen für die Deutsche Bahn und die regionalen Bahnbetriebe erzielt. Spannend und richtungsweisend werden die Tarifauseinandersetzungen für den Elektro- und Metallbereich. Die Metall- und Elektroindustrie gehört zu den sogenannten Schlüsselbranchen in der Bundesrepublik mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den Betrieben. Ein anderer großer Bereich bei den Tarifauseinandersetzungen ist der Einzel- und Großhandel. Besonders beim Einzelhandel blasen die »ArbeitgeberInnen« zum Angriff auf die sozialen Sicherungen der Beschäftigten. So wurden für den Einzelhandel alle bestehenden Tarifverträge, also auch Manteltarifverträge, in denen die Arbeitsbedingungen geregelt werden gekündigt! Im betroffenen Handel sind 2,8 Millionen Menschen beschäftigt, die Arbeitsbedingungen sind in den letzten Jahren schlechter geworden, Niedriglohn und der Einsatz von Leiharbeitskräften greift um sich.



Kurz an dieser Stelle: Wie es den Beschäftigten ergeht, wenn die »ArbeitgeberInnen« keine Gewerkschaften als Verhandlungsführer akzeptieren und keine kollektiven Tarifverträge abschließen wollen, lehrt das Beispiel von Neupack in Hamburg. Das brutale Vorgehen der InhaberInnen und Bosse von Neupack Hamburg gegen die KollegInnen zeigt, wohin es nach Meinung vieler KapitalistInnen gehen soll: Willkür bei Lohn- und Arbeitsverhältnissen, ganz so wie es ihnen passt. Bei aller Kritik – Gewerkschaften und das Recht sich in ihnen zu organisieren und sich durch sie vertreten zu lassen – müssen verteidigt werden.

Diese Auseinandersetzungen sind ein Anlass, auch kurz zur Gewerkschaftsfrage Stellung zu nehmen. Eine Kritik an »der Gewerkschaft«, sollte eine Kritik an der Gewerkschaftsführung wegen ihrer systemimmanenten und somit systemstabilisierenden Politik – also das ausbeuterische, kapitalistische Wirtschafts- und Herrschaftssystem nicht anzugreifen – zum Ausgangspunkt haben. Allerdings weitet sich die Kritik oft auf das Grundprinzip der gewerkschaftlichen Organisierung und Organisation aus. Dem müssen wir entgegentreten. In und mit den Gewerkschaften muss es eine kritisch-solidarische Diskussion um den Weg und das Ziel geben. Die Gewerkschaften als zentrale Vereinigung der KollegInnen können wir nicht »links« liegen lassen. ■

SOLIDARITÄT MIT STREIKENDEN BEI NEUPACK

Interview mit Martin Sonnenberg vom Soli-Kreis Neupack über den monatelangen Arbeitskampf



Am 1. November 2012 begann der Streik bei der Firma Neupack in Hamburg. Neupack ist ein Verpackungsmittelhersteller mit 200 Beschäftigten. Wie ist die Situation im Betrieb und was sind die Forderungen der Streikenden?

Martin: Neupack zahlt für gleiche Arbeit unterschiedliche Löhne, die Bezahlung liegt deutlich unter dem Tarifniveau der Branche. Viele haben seit Jahren keine Lohnerhöhung erhalten, gleichzeitig nahm die Belastung an den Arbeitsplätzen ständig zu. Die EigentümerInnen führen seit längerem einen Kleinkrieg gegen aktive GewerkschafterInnen, inklusive fristloser Kündigungen wegen Nichtigkeiten. Dazu kommen immer schnellere Arbeitsrhythmen, extrem laute Maschinen, überhitzte Hallen und viel Staub. Verbesserungsvorschläge des Betriebsrates wurden durch die Geschäftsführung aus Kostengründen überwiegend abgelehnt. Die Streikenden fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit, eine Anhebung des Lohnniveaus auf 82 Prozent des Flächentarifvertrages, klare Urlaubs- und Zuschlagsregelungen und bessere Arbeitsbedingungen. Damit das alles auch von Dauer ist, wollen sie einen Haustarifvertrag, was die EigentümerInnen nach wie vor ablehnen.

Sind die Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert? Beteiligen sich alle am Streik?

Martin: Die Streikenden sind IG BCE-Mitglieder, viele sind erst kurz vor oder während dem Arbeitskampf eingetreten. Von der ursprünglichen Belegschaft unterstützt die Mehrheit den Streik. Allerdings beteiligen sich auch ein paar Gewerkschaftsmitglieder nicht, weil sie offenbar enger mit der Geschäftsleitung als mit ihren KollegInnen verbunden sind. Von den etwa 30 Büroangestellten hat sich ebenfalls niemand am Streik beteiligt, auch andere sind nicht mit vor die Werkstore gegangen. Unter den PackerInnen ist die Beteiligung am größten, aber auch einige MaschinenführerInnen sind dabei. Insgesamt sind es im Schnitt 110 KollegInnen die streiken.



Wie reagiert die Unternehmensleitung auf den Arbeitskampf?

Martin: Von Anfang an äußerst aggressiv. Unmittelbar nach dem Streikauftakt haben die EigentümerInnen eine einstweilige Verfügung vor dem Arbeitsgericht erwirkt, die es den Streikenden verboten hat Streikketten vor den Toren aufzustellen. Das Urteil wurde wenigstens teilweise gekippt, für 15 Minuten dürfen die StreikbrecherInnen jetzt wieder aufgehalten und informiert werden. Dazu kam der Einsatz von 30 LeiharbeiterInnen, womit gezielt das Streikrecht unterlaufen wurde. Zudem konnte eine Betriebsversammlung nicht stattfinden, weil die Geschäftsführung dem zuständigen Gewerkschaftssekretär den Zutritt verweigerte. Aktuell kommt es zu dutzenden Abmahnungen und Kündigungen wegen angeblicher Vorfälle im und vor dem Betrieb. Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen wurde vor Ende der Befristung gekündigt beziehungsweise ist abzusehen, dass das Arbeitsverhältnis nicht verlängert wird. Das betrifft nur streikende KollegInnen. Ergänzt wird das Ganze durch eine massive Stimmungsmache seitens der Unternehmensleitung. Neupack hat extra für den Streik eine eigene »Betriebszeitung« ins Leben gerufen, die gegen die Streikenden hetzt.

Neupack hat über die polnische ZAF Work Express 30 LeiharbeiterInnen angeheuert, um den Streik zu unterlaufen. Die LeiharbeiterInnen wurden dann befristet eingestellt. Wie wurde auf diese Situation reagiert?

Martin: Der Einsatz der externen StreikbrecherInnen war ein schwerer Schlag. Der ökonomische Druck im Arbeitskampf sollte damit genommen werden. Und in der Tat ist die Produktionsmenge nach und nach wieder gestiegen. Zunächst gab es Versuche, die StreikbrecherInnen mit polnischen Flugblättern und persönlichen Ansprachen zu überzeugen, sich am Streik zu beteiligen, was leider nicht funktionierte. Die IG BCE ist dann auf juristischer Ebene dagegen vorgegangen, was bisher zu keinem Ergebnis führte. Einige UnterstützerInnen waren da kreativer und machten kurzerhand das, was den Streikenden verboten war: Mit 40 bis 80 Leuten blockierten sie den Bus der StreikbrecherInnen. An mehreren Tagen kamen sie daher 1,5 bis zwei Stunden später zur Arbeit, am Ende meistens mit Hilfe der Polizei. Der Gewerkschaftsführung war das wohl etwas viel spontane Bewegung, weshalb es zu ersten Konflikten um die Streiktaktik kam. Seitdem die IG BCE den umstrittenen »Flexi-Streik« ausgerufen hat, also die Rein-Raus-Taktik anwendet, sind Blockaden allerdings schwer zu koordinieren. Hier sei angemerkt, dass viele KollegInnen zu Recht kritisieren, dass sie durch den »Flexi-Streik« die Lager von Neupack wieder auffüllen. Die meisten Tage wird gearbeitet, von einem wirklichen, unberechenbaren Rein-Raus kann keine Rede sein. Zudem beschäftigt Neupack mittlerweile 59 neue, befristet eingestellte MitarbeiterInnen. Hier wird offensichtlich eine Parallelbelegschaft aufgebaut.

Was macht ihr als Solikreis um die Streikenden zu unterstützen?

Martin: Der Soli-Kreis hat ein Netzwerk von UnterstützerInnen aufgebaut, das sich aus verschiedenen Menschen zusammensetzt, von kritischen GewerkschafterInnen bis zu radikalen Linken. Wöchentlich treffen wir uns gemeinsam mit den Neupack-KollegInnen im Streikzelt und diskutieren das weitere Vorgehen. Zunächst hilft der Soli-Kreis den Streik bekannt zu machen und leistet konkrete Hilfe, wo es nötig ist. Dazu zählte vor allem die Unterstützung morgens vor den Werkstoren. Darüber hinaus setzen wir auf eine Verbindung zu anderen sozialen Kämpfen. So nahmen wir zum Beispiel mit den Streikenden an der Recht-auf-Stadt-Demo und am Aktionstag zum europäischen Generalstreik teil. Derzeit verhandelt die IG BCE und der Betriebsrat mit Neupack über eine neue Entgeltstruktur in Form einer Regelungsabrede, was weit unterhalb eines Tarifvertrags liegt. Viele Streikende sind damit unzufrieden und fühlen sich von der Gewerkschaft hintergangen. Wir stärken den KollegInnen den Rücken, die sich eine andere Streikkultur wünschen – manchmal auch gegen die Entscheidungen der Gewerkschaftsführung. Der Soli-Kreis möchte einer demokratischen Streikführung zum Durchbruch verhelfen, die die Streikenden als AkteurInnen ernst nimmt. ■



FORUM BETRIEB, GEWERKSCHAFT UND SOZIALE BEWEGUNG

Wir bieten einen Treffpunkt für alle, die Widerstand leisten wollen gegen Lohnkürzungen und Sozialabbau! Für alle KollegInnen, Gewerkschaftsmitglieder, Nichtmitglieder, Prekäre, MigrantInnen, Erwerbslose und RentnerInnen, die Kritik haben. Kritik an den herrschenden Parteien und am System, das diese Zustände hervorbringt und an den Gewerkschaftsführungen, die zum Beispiel der Agenda 2010, den Hartz-Gesetzen und der kriegerischen Außenpolitik keinen ernsthaften Widerstand entgegengesetzt haben.

Mit der Sicherung des »Standortes« wurde jede Verschlechterung begründet, die uns in den letzten Jahren zugemutet wurde. Diese Standortlogik wird von großen Teilen der Gewerkschafts- und Betriebsratsspitzen verfolgt.

Wir wollen uns einmischen, eine Plattform für den gesellschaftskritischen Widerstand in unserer Stadt werden, die Solidarität zwischen den kämpfenden KollegInnen organisieren, uns über die Betriebe hinaus vernetzen, internationalistisch zusammenarbeiten, informieren, diskutieren, schulen und uns und den Widerstand vorwärts bringen. Wir treten für eine demokratische und offene Streitkultur innerhalb der Gewerkschaften ein.

Wir treffen uns jeden letzten Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Mediengalerie, in der Dudenstraße 10, am U-Bahnhof Platz der Luftbrücke.

Wer zu unseren Veranstaltungen eingeladen werden oder Kontakt aufnehmen möchte, melde sich bitte unter: forumberlin@web.de. ■







KEIN VERSAGEN, SONDERN RASSISMUS

Interview mit Victor Neuss, Aktivist der Antifaschistischen Linken Berlin zum NSU-Prozess und Rassismus

Am 17. April 2013 beginnt in München der Prozess gegen das NSU-Mitglied Beate Zschäpe; ein breites antifaschistisches Bündnis mobilisiert anlässlich des Prozessbeginns zu einer Demonstration. Wie bewertest du das Verhalten der Sicherheitsbehörden und der politisch Verantwortlichen seit Bekanntwerden der Mordserie des NSU?

Victor: Die Geheimdienste haben mit Aktenvernichtung reagiert. Dafür mussten ein paar Beamte zurücktreten, offensichtlich ein vertretbarer politischer Preis. Ansonsten Ablenkung vom Kern der Probleme, ungenierte, funktionale Zusammenarbeit von staatlichen Sicherheitsbehörden und Nazis bei einem nahezu gleichen rassistischen Denkmuster. Von Seiten der etablierten Politik sind drei wesentliche Reaktionen erfolgt. Es kam zur Einrichtung von Untersuchungsausschüssen, deren Funktion es ist eine Empfehlung für die parlamentarische Politik vorzulegen. Die Aufgabe ist es den Herrschenden einen politischen Vorschlag zu unterbreiten, wie eine Mordserie von FaschistInnen, flankiert durch Geheimdienste, so über die öffentliche Bühne gebracht werden kann, dass die Demokratie nicht in Erklärungsnot gerät. Nichtsdestotrotz sind die öffentlich zu besuchenden Ausschüsse zurzeit überhaupt eine Möglichkeit, die Geheimdienste anzugehen und eventuell Druck auf diese auszuüben, was bitter nötig ist. Außerdem wurde der durch die zehn Morde ausgelöste gesellschaftliche Schock genutzt, um Geheimdienst- und Polizeiinformationen im Zentrum für Extremismusbekämpfung zusammenzuführen. Die Schaffung des »Gemeinsamen Extremismus und Terrorismus-Abwehrzentrums (GETZ)« im November 2012 ist eine nachholende Entwicklung der staatlichen Überwachungs- und Kriminalisierungspraktiken, die in den vergangenen Jahren hauptsächlich MigrantInnen und linke AktivistInnen aus Basisbewegungen zu spüren bekommen haben. Drittens wurde der Fokus weg vom NSU hin zu einem erneuten Anlauf zu einem NPD-Verbot gelenkt. Die NPD-Verbots-Initiative der Regierung Merkel dient dazu, vom Problemkomplex NSU-Morde, Geheimdienste, Polizeibehörden und Rassismus wegzukommen. Wenn die Komplexe NSU und NPD etwas miteinander zu tun haben, dann aufgrund der Tatsache, dass beide faschistischen Strukturen vom Verfassungsschutz maßgeblich mit Geld ausgestattet wurden und Nazis Rückendeckung bekamen.

Wie zeigt sich der alltägliche und institutionelle Rassismus in den Ermittlungen zum NSU?

Victor: In den Ermittlungen während der Zeit der Mordserie und den anschließenden Äußerungen in den Untersuchungsausschüssen fällt vor allem eines auf: Gewollte und ungewollte Blindheit gegenüber Rassismus. Es ist so selbstverständlich, dass weiße Deutsche – eben auch Beamte – tagtäglich Privilegien besitzen, die Menschen mit abweichenden Merkmalen – Hautfarbe und Pass – nicht besitzen, dass auch in den Ermittlungen einer naheliegenden einfachen kriminalistischen Tätigkeit, nämlich bei einem Angriff auf Migranten beziehungsweise vermeintliche Migranten auch von rassistischen Motiven auszugehen, nicht nachgegangen wurde. Stattdessen jagten die ErmittlerInnen ihren eigenen rassistischen Stereotypen hinterher. Das ist kein Versagen, das ist Rassismus. Das ist Ausdruck einer Gesellschaft, die Rassismus kategorisch als zentrales Moment der Herrschaft öffentlich für nicht existent erklärt. Das hat Methode und alle machen mit: Behörden, Medien, RichterInnen, PolizistInnen, ein großer Teil der Bevölkerung.

Während staatliche Behörden beim Aufklären der Nazimordserie völlig versagt haben, sind sie bei der Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand immer eifrig dabei. Jüngstes Beispiel ist die Verurteilung eines Antifaschisten zu 22 Monaten Haft, weil er angeblich in Dresden dazu aufgerufen haben soll eine Polizeiabsperrung zu überwinden. Was will die Justiz mit diesem Skandal-Urteil bewirken?

Victor: Mit Hilfe der Extremismusthese – der Gleichsetzung von Links und Rechts – werden antifaschistische Aktivitäten politisch diskreditiert und kriminalisiert. Das ist der Hintergrund vom konservativen Block in Sachsen. Hier existiert seit Jahrzehnten eine CDU-dominierte Landesregierung, entsprechende RichterInnen und BeamtInnen haben sich im Apparat festgesetzt.

In diesem konservativ-rechten Ambiente konnten Nazis jahrelang in Dresden einen der größten Aufmärsche gedeihen lassen. Für uns als antifaschistische AktivistInnen soll das Urteil gegen Tim als negatives Beispiel für Abschreckung sorgen. Eine breite Unterstützung – auch von außerhalb Sachsens – kann helfen, dass ein solches Urteil politisch gekippt werden kann. So etwas ist keine rein juristische Entscheidung, sondern eine politische. Solidarität ist eine Waffe. Diese Waffe überwindet nicht nur Polizeiketten, sondern auch Gerichtsurteile und überlebt Extremismuskeulen … ■

OB NURIYE, OB KALLE, WIR BLEIBEN ALLE!

Widerstand gegen Verdrängung organisieren

Hallo Peter, du bist aktiv im Bündnis »Zwangsräumungen verhindern«. Seit wann gibt es diese Initiative und was sind eure Zielsetzungen?

Peter: Anlass sich zu dieser Initiative zusammen zu finden war die drohende Zwangsräumung von Nuriye Cengiz Anfang 2012. Diese sollte mit miesen Tricks aus ihrer Wohnung am Maybachufer 18 vertrieben werden. Nuriye Cengiz ist vielen von uns bekannt, da sie bei den Lärmdemos von Kotti & Co regelmäßig mit ihrem Rollstuhl an der Spitze der Demo fuhr.

Durch die aktive Öffentlichkeitsarbeit kam es dazu, dass sich viele mietenpolitisch aktive Gruppen und Einzelpersonen für das Thema Zwangsräumungen interessierten und begannen in der Initiative mitzuarbeiten. Aber auch andere von Zwangsräumung bedrohte MieterInnen nahmen Kontakt zur Initiative auf um Unterstützung zu bekommen und sich zu beteiligen.

Besonderes Interesse fand dann der Fall der Familie Gülbol in der Lausitzer Straße 8 in Kreuzberg. Dort wurde am 22. Oktober 2012 die Zwangsräumung der fünf-köpfigen Familie aktiv verhindert. Mehr als 150 NachbarInnen und FreundInnen der Familie und AktivistInnen verwehrten mit Sitzblockaden der Gerichtsvollzieherin sowie der Polizei den Zutritt zur Wohnung. Das war ein großer Erfolg und selbst Teile der bürgerlichen Presse berichteten durchaus positiv.

Am 14. Februar 2013 haben am frühen Morgen hunderte Menschen versucht die Zwangsräumung der Familie Gülbol in Kreuzberg zu verhindern. Ein massives Polizeiaufgebot setzte die Räumung schließlich durch. Wie bewertest du die Aktion insgesamt?

Peter: Auf den ersten Blick ist es eine Niederlage, die Wohnung wurde geräumt. Auf der anderen Seite stimmt es zuversichtlich, dass sich so viele Menschen versammelt haben und diese Zwangsräumung verhindern wollten. Eintausend Menschen sind mehr, als wir erwartet haben, und ein kraftvoller Ausdruck des Widerstandes gegen Verdrängung. Besonders die Vielfalt der Aktivitäten war beeindruckend. Hunderte von Menschen, die sich trotz der Kälte bereits um sechs Uhr morgens an den Sitzblockaden vor dem Haus beteiligten oder sich der Polizei in den Weg gestellt haben. Hinzu kommen die vielen Menschen, die Tee gekocht und Brötchen geschmiert und die Blockade aus ihren Fenstern mit Essen versorgt haben. Auch die Unterstützung mit Krach und Transparenten aus den Häusern war beeindruckend. Ein unglaublicher Dank allen NachbarInnen der Lausitzer Straße und des Reichenberger Kiezes, die durch ihre Solidarität vieles erst möglich gemacht haben.





Wie ist die Polizei an diesem Tag aufgetreten?

Peter: Der unverhältnismäßige und brutale Einsatz der Polizei an diesem Morgen brachte die anwesenden Menschen auf. Etwa 815 PolizistInnen und ein Hubschrauber waren im Einsatz um die Profitinteressen eines Vermieters durchzusetzen. Schlagstöcke und Pfefferspray kamen zum Einsatz. Nur so konnten sie die Räumung durchsetzen. Dennoch gelang es nach der Räumung eine spontane Demo durch Kreuzberg nach Neukölln durchzuführen, bei der auf die Schweinerei dieser Räumung aufmerksam gemacht wurde.

Wir konnten diese Zwangsräumung nicht verhindern, dennoch haben viele von uns den Eindruck, dass die Aktion eine gute und sinnvolle Sache gewesen ist. Wir lernen immer dazu. Deswegen gilt für uns das, was Ali Gülbol nach der Räumung gesagt hat: »Der Kampf hat gerade erst begonnen.« ■

SOZIALER WIDERSTAND GEGEN DIE MISERE IN GRIECHENLAND

Interview mit Angeliki Papadopoulou, Mitglied der Gruppe »Real Democracy Now Berlin-Griechenland«

Welche Auswirkungen haben die von der EU aufgezwungenen Sparpakete für die Menschen in Griechenland?



Angeliki: Die griechische Gesellschaft befindet sich inmitten einer humanitären Krise: Zurzeit sind 27,7 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht. 2012 waren laut EuroStat 25,4 Prozent der Gesamtbevölkerung arbeitslos. Bei den unter 25-Jährigen betrug die Quote sogar 58 Prozent. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit verliert man jegliche weitere Sozialhilfe sowie auch seine Krankenversicherung. Hunger ist in Griechenland längst kein Randphänomen mehr. Suppenküchen müssen eine stetig wachsende Anzahl von Personen auf täglicher Basis versorgen. Ohnmachtsanfälle aufgrund von Unterernährung bei SchülerInnen wurden schon mehrmals gemeldet. Immer mehr öffentliche Krankenhäuser schließen, Medikamente gibt es in Apotheken nur gegen Barzahlung. Tausende Haushalte haben inzwischen keinen Strom und keine Heizung mehr, verzweifelte Eltern bringen ihre Kinder in Heimen unter, während Hunderte von Schulen aufgrund von Heizungskosten schließen müssen.

Die Sparmaßnahmen wurden nicht kampflos hingenommen. Wie reagiert die griechische Regierung auf den anhaltenden Widerstand der Bevölkerung gegen Sozialabbau und Lohnkürzungen?

Angeliki: Die griechische Regierung hat mit zunehmender Entdemokratisierung geantwortet. Gesetze werden in Eilverfahren durch das Parlament verabschiedet, während zahlreiche Beschlüsse der letzten Jahre als verfassungswidrig gelten. Darüber hinaus wird dem sozialen Protest oftmals mit Polizeigewalt, Repression und sogar in einigen Fällen mit Folter begegnet. Zum Beispiel wurden vor einiger Zeit Streiks der Athener U-Bahn-ArbeiterInnen mit Polizeigewalt aufgelöst. Die Legitimation basierte auf einem Notfallgesetz aus der Zeit der Diktatur.

Es wurden in Griechenland auch einige Fabriken von den Lohnabhängigen angeeignet und in Selbstverwaltung wurde die Produktion wieder aufgenommen. Wie viele derartige Projekte gibt es momentan?

Angeliki: Die ArbeiterInnen von Vio.Me, eine Baustoff-Fabrik in Thessaloniki, haben in ihrer Generalversammlung beschlossen, die Fabrik zu besetzen und sie unter direkter ArbeiterInnenkontrolle zu betreiben. Die meisten solcher Projekte finden nicht im Industriebereich statt, sondern in der Landwirtschaft. ProduzentInnen verkaufen ihre Produkte ohne Zwischenhandel, um damit die Teuerung unter Kontrolle zu bringen. Ein solches Beispiel stellt die sogenannte »Kartoffelbewegung« dar.

Welchen Einfluss hat die faschistische Partei »Chrysi Avgi« innerhalb der griechischen Gesellschaft?

Angeliki: Sowohl die Verelendung als auch die allmähliche Faschisierung der griechischen Gesellschaft verschafften der neonazistischen Partei Chrysi Avgi bei den letzten Wahlen fast sieben Prozent, während sie bei den vorletzten 0,3 Prozent erhielt.

Oft wird die Chrysi Avgi als Schlägertruppe von Seiten der Arbeitgeber benutzt, um die schwächeren Arbeiterschichten weiter einzuschüchtern. Besorgniserregend ist der Einfluss der Chrysi Avgi auf die Sicherheitskräfte beziehungsweise die Bagatellisierung des Phänomens von Seiten der Justiz. Ungefähr die Hälfte der Polizisten hat bei den letzten Wahlen für die Chrysi Avgi gestimmt, während die Justiz wegen ihrer in der Regel milden Haltung gegenüber rechtsradikalen Straftätern häufig in Kritik gerät. Zusätzlich gilt leider die Partei bei einem beträchtlichen Teil der SchülerInnen und TeenagerInnen als mächtig und antisystemisch. Trotz ihres zunehmenden Einflusses steht Chrysi Avgi einem wachsenden sozialen Widerstand gegenüber.

Wie kann eine Gegenperspektive zur aktuellen sozialen Misere in Griechenland und europaweit aussehen?

Angeliki: Die Massenbewegungen konnten bis dato keine konkrete Gegenperspektive artikulieren. Allerdings besteht kein Zweifel daran, dass die Alternative sowohl in Griechenland als auch im restlichen Europa nur von unten kommen kann. Auf diese vernichtende, neoimperialistische Wirtschaftspolitik kann man nur mit gemeinsamen Kampf und Solidarität der Völker antworten. ■

PROZESS GEGENSEITIGEN LERNENS

Alternatives Gewerkschaftstreffen in Paris



Vom 22. bis zum 24. März fand in Paris das internationale Treffen der alternativen Basisgewerkschaftsbewegung statt, zu dem die französische Gewerkschaftsföderation SUD Solidaires, die linke brasilianische Gewerkschaft Conlutas und die spanische anarchosyndikalistische CGT eingeladen hatten. Die Einladung richtete sich an Gewerkschaften, die sich in der Verantwortung sehen, Widerstand zu organisieren gegen Hierarchien und Sozialpartnerschaft. Das Ziel besteht darin, eine notwendige soziale Transformation der Gesellschaft voranzubringen. Mit diesem Treffen sollte keine neue internationale Organisation etabliert werden. Vielmehr gab es den Wunsch nach Stärkung und Ausweitung eines Netzwerkes demokratischer, unabhängiger, alternativer und internationalistischer GewerkschafterInnen.

Mehr als 200 TeilnehmerInnen aus der ganzen Welt trafen sich im großen Versammlungsraum des Gewerkschaftshauses der SUD in Paris. In zahlreichen engagierten Wortbeiträgen berichteten sie über die Lage in ihrem Land und ihre Wünsche an eine zukünftige Zusammenarbeit. Zu den häufig genannten Themen gehörten die Kritik an den etablierten Gewerkschaften, Prekarisierung und Arbeitslosigkeit, die Privatisierung der öffentlichen Dienste, Repressionen gegen Proteste, Angriffe auf Gewerkschaftsrechte, Reisefreiheit und Menschenrechtsverletzungen. Zu den Bereichen Transport, Erziehung und Telekommunikation bildeten sich Arbeitsgruppen, um zukünftig gezielt zusammenarbeiten zu können. Ein beträchtlicher Teil der TeilnehmerInnen ist im Anschluss gemeinsam zum Weltsozialforum nach Tunis gereist.

Manch einer hatte sich von diesem Treffen vielleicht mehr konkrete Ergebnisse für die weitere Zusammenarbeit erhofft. Betrachtet man aber internationale Solidarität als einen Prozess gegenseitigen Austauschs, Lernens und Unterstützens, der erst durch das gegenseitige persönliche Kennenlernen ein solides Fundament bekommt, dann ist hierzu ein wichtiger Schritt in Paris gemacht worden. Im Plenum – und in den Pausen. ■

GRIECHENLAND 2013: DEMOKRATIE VERSENKT!

Krankenhäuser können Kranke nicht mehr behandeln. 35 Prozent der Menschen haben keine Krankenversicherung mehr. Unterricht fällt aus, weil die Schulen nicht mehr beheizt werden. Kinder gehen hungernd in die Schule. Gegen ArbeiterInnen, die sich gegen immer neue Lohnkürzungen wehren, werden Streikverbote erlassen und Anti-Riot-Polizei eingesetzt. IWF und EU diktieren dem Land die Entscheidungen. Doch überall gibt es Widerstand! Griechische AktivistInnen berichten bei einer Veranstaltung in Berlin über die Situation an den Schulen, Betriebsbesetzung und Selbstorganisation, solidarische Gesundheitszentren und alternative Medien und Netzwerke der Solidarität.

Veranstaltung »Wie können wir den Widerstand unterstützen?« am Dienstag den 30. April 2013 um 18 Uhr, Raum Aida in der Verdi-Bundeszentrale, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin. ■

UNTER KONTROLLE DER ARBEITERINNEN

Viomichaniki Metaleftiki (Vio.Me) ist eine Fabrik in Thessaloniki, die Baustoffe herstellt. Die Fabrik wurde von ihren EigentümerInnen verlassen. Die ArbeiterInnen haben jedoch eine Antwort auf Betriebsschließung und Entlassungen gefunden. Die Beschäftigten haben im Februar 2013 den Betrieb der Fabrik übernommen und werden in Zukunft unter der Bedingung voller Selbstverwaltung und ArbeiterInnenkontrolle, sowohl in der Produktion als auch in den Verwaltungsstrukturen arbeiten. Sie setzen auf horizontale und direkte Demokratie bei der Entscheidungsfindung. Das entscheidende Organ ist die Vollversammlung der Beschäftigten. Vio.Me ist ein Beispiel, das aufzeigt wie eine Antwort auf die kapitalistische Krise aussehen kann: Die Schaffung einer ganz anderen Organisation der Produktion ohne Privatbesitz und Ausbeutung. ■

WIDERSTAND IM PLASTIKMEER

In der Provinz Almería in Südspanien arbeiten über 120 000 ArbeitsmigrantInnen aus afrikanischen, osteuropäischen und lateinamerikanischen Ländern unter oft unerträglichen Bedingungen auf industriellen Gemüse- und Obstplantagen. Unter 35 000 Hektar Plastikplanen werden Tomaten, Erdbeeren und vieles mehr für die europäischen Supermärkte produziert. Die ArbeiterInnen leben oft in provisorischen Hütten aus Holz- und Plastikresten. Immer wieder kommt es zu rassistischen Übergriffen in der Region. Die MigrantInnen haben sich selbst organisiert, um gegen die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen. Die LandarbeiterInnengewerkschaft Sindicato de Obrerosos del Campo (SOC) setzt sich für die Legalisierung aller illegalisierten ErntearbeiterInnen ein. Sie kämpft gegen Lohnraub, Rassismus und für eine ökologische Landwirtschaft. Bei einer Rundreise wird eine Delegation des SOC über die aktuelle Situation berichten.

Veranstaltung »Arbeitskämpfe im Plastikmeer von Almeria« am 22. April um 18 Uhr im Rosa-Luxemburg-Salon (Franz Mehring Platz 1 in Berlin). ■

KEINE ZUSAMMENARBEIT MIT DER BUNDESWEHR

Gegen die Pro-Bundeswehr-Position der DGB-Führung

Am 5. Februar 2013 besuchte Thomas de Maizière auf Einladung des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer das DGB-Haus in Berlin. Nach dreißig Jahren war somit wieder ein Bundesverteidigungsminister zu Gast beim DGB. Anschließend erklärte de Maizière: »Die Bundeswehr und der DGB sind Teile der Friedensbewegung«. Dass Sommer nicht widersprach, ist nicht verwunderlich, da er insgesamt an einem harmonischen Verhältnis von Bundeswehr und Gewerkschaft interessiert ist.

Von einer Antikriegsposition ist beim DGB-Vorsitzenden und SPD-Mitglied Sommer nichts zu erahnen. Sommer nimmt keine Stellung gegen Auslandseinsätze. Er erklärte vielmehr, dass wenn deutsche SoldatInnen in Auslandseinsätze geschickt werden, diese anständig ausgerüstet werden müssen. Das Verhältnis von bewaffneten Streitkräften und Gewerkschaftsbewegung sieht Sommer heute nicht mehr als belastet an. Bereits 1981 gab es eine gemeinsame Erklärung des Gewerkschaftsbundes und der Bundeswehr. Darin wurde die »unverzichtbare Funktion« der Bundeswehr für die Existenz des deutschen Gemeinwesens hervorgehoben. Eine neue derartige politische Erklärung ist in Planung.



Statt eines Schulterschlusses mit der Bundeswehr ist eine kämpferische antimilitaristische Gewerkschaftsbewegung dringend notwendig. Innerhalb der DGB-Gewerkschaften gab es vereinzelt auch Widerspruch gegen Sommer. Der Landesbezirksvorstand des Verdi-Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg hat gegen Sommer Stellung genommen: »Wir fordern ihn sowie den Bundesvorstand des DGB auf, die Aussagen zurückzuziehen und dieses öffentlich zu machen. Wir wollen keine gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr!«

Sommer ist innerhalb der Gewerkschaften jedoch keine Ausnahme. Auch in der IG Metall gibt es BefürworterInnen von Militarisierung und Rüstungsindustrie. In einer Broschüre zu den militärischen Schiffbaukapazitäten aus dem Jahre 2010 von der IG Metall heißt es: »Bundeswehraufträge tragen zum Erhalt der international herausgehobenen wehrtechnischen Kernfähigkeiten auf dem Gebiet des Marineschiffbaus und der Marinetechnik bei. Der Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeit im Marineschiffbau ist für die IG Metall von nationaler Bedeutung.« Die Sicherung von Arbeitsplätzen hat für die IG Metall oberste Priorität, unabhängig davon ob damit Aufrüstung und weltweite Kriegseinsätze verbunden sind. Eine solche Haltung ist fatal und sollte entschieden bekämpft werden.

Die deutsche Kriegspolitik und Militarisierung werden immer weiter vorangetrieben. Aktuell nimmt die Bundeswehr mit bis zu 400 SoldatInnen am Nato-Einsatz »Active Fence« teil, bei dem Flugabwehrsysteme des Typs Patriot in die Türkei verlegt wurden. Die Bundeswehr beteiligt sich auch an einer »Ausbildungsmission« und an der logistischen Unterstützung beim Transport der französischen und afrikanischen Kampftruppen in Mali. Begründet werden die Einsätze der Bundeswehr mit der Herstellung von Sicherheit und Stabilität. Dabei geht es in erster Linie um Wirtschaftsinteressen und politische Vormachtstellungen. Rohstoffe, Transportwege und die geostrategische Lage sind in den meisten Fällen Kriegsgründe.

Die Bundeswehr ist ein Instrument zur globalen Sicherung deutscher Kapitalinteressen. In den von de Maizière herausgegebenen Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011, die den Auftrag der Bundewehr festlegen, heißt es »Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehört, [...] einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.« Dazu bedarf es einer weltweit einsatzfähigen Truppe und modernster Waffensysteme. De Maizière setzt sich derzeit auch massiv für die Anschaffung von Kampfdrohnen ein. Deutschland ist weltweit nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur mit elf Prozent Weltmarktanteil. Geliefert wird auch an Diktaturen im Nahen Osten wie etwa Saudi-Arabien.

Der Kampf gegen die Bundeswehr und den deutschen Militarismus ist dringend notwendig. Setzen wir uns ein für den antimilitaristischen Widerstand innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, in den Betrieben, Schulen und Hochschulen. ■

GEGEN ASSAD UND INTERVENTION

Imperialistischen Krieg gegen Syrien verhindern



Die Situation der syrischen Bevölkerung hat sich in der letzten Zeit weiter verschlimmert. Durch die Militarisierung der Proteste ist es den Teilen der Opposition um das »Nationale Koordinierungskomitee für demokratischen Wandel« (NCC), immer schwieriger geworden, ihre politischen Forderungen zu stellen. Unter dem Motto «For a Democratic Syria and a Civilian State" traf sich in Genf Ende Januar 2013 ein breites Spektrum der demokratischen syrischen Opposition.

Haytam Manna, der Auslandssprecher des NCC, machte dabei deutlich, dass das Ziel, Assad zu beseitigen, nicht jedes Mittel rechtfertigt. Die TeilnehmerInnen sprachen sich klar gegen eine militärische Intervention aus. Sie setzen weiterhin auf einen politischen Prozess.

Die bewaffnete Opposition, die verschiedene Gruppierungen unter dem Namen »Freie Syrische Armee« vereint, scheint trotz militärischer Unterstützung aus diversen westlichen Ländern sowie aus den konservativen Monarchien Saudi-Arabien, Katar, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten, bisher nicht in der Lage, den Konflikt zu ihren Gunsten zu entscheiden. Neben syrischen Gruppen versammeln sich in ihr auch ausländische reaktionäre islamistische Kräfte.

Die westlichen Staaten haben starke geopolitische Interessen in Syrien. Sie wollen einen Regime-Wechsel in Syrien, auch um den Iran zu schwächen. Der Westen will von Anfang an auf die Neugestaltung des Landes Einfluss nehmen. Bereits unter Assad wurde eine neoliberale Politik verfolgt und der syrische Markt für ausländische Investoren geöffnet. Die breite Masse der Bevölkerung wurde zunehmend in die Armut getrieben, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ist in Syrien sehr hoch. Die marktwirtschaftliche Entwicklung soll im Interesse des Westens auch nach Assad forciert werden. Parallel zur politischen Einflussnahme erhalten die bewaffneten Gruppen schon seit Monaten informations-technologische Unterstützung durch den deutschen Auslandsgeheimdienst BND. Die Forderungen nach Waffenlieferungen an die FSA werden immer lauter.

Neben indirektem Eingreifen in den Bürgerkrieg ist auch eine direkte imperialistische Intervention nicht vom Tisch. Im Dezember beschloss die Bundesregierung die Stationierung von SoldatInnen und Patriot-Raketensystemen in der Türkei, an der Grenze zu Syrien. Vorausgegangen war ein mehr als fadenscheiniger angeblicher Beschuss türkischer Gebiete durch die offizielle syrische Armee. Aufgrund des Vetos von Russland und China wurde im UN-Sicherheitsrat bisher noch keine Flugverbotszone oder ähnliches gegen Syrien verhängt. Somit fehlt die formale Legitimation einer imperialistischen Intervention. Der Libyen-Krieg wurde beispielsweise erst nach der Enthaltung dieser beiden Staaten zur Entscheidung über eine Flugverbotszone begonnen.

Unsere Solidarität gilt der syrischen Bevölkerung, die sich zu Recht gegen die Verhältnisse aufgelehnt hat. Dabei dürfen wir jedoch nicht pauschal jeden Widerstand unterstützen, sondern diejenigen Kräfte, die für eine fortschrittliche und linke Politik stehen. Es muss differenziert werden zwischen oppositionellen Strömungen, die eine ausländische Intervention fordern und Oppositionsgruppen, die sich eindeutig gegen eine imperialistische Einmischung wenden.

Für den Fall, dass ein imperialistischer Krieg begonnen wird – sei es unter UN-Mandat, als NATO-Bündnisfall oder durch eine »Koalition der Willigen« – läuft schon jetzt die bundesweite Mobilisierung zu Protestaktionen. In Berlin soll am Tag X um 18 Uhr eine Kundgebung an der Weltzeituhr am Alexanderplatz stattfinden. Für den folgenden Samstag wird bundesweit zu Demonstrationen mobilisiert werden. Tag X tritt bei folgenden Fällen ein:

» Die NATO-Truppen werden von syrischem Gebiet aus, tatsächlich oder in einem konstruierten Szenario, angegriffen und marschieren als »Reaktion« in syrisches Gebiet ein.

» Eine Flugverbotszone über syrischem Luftraum wird durchgesetzt. Damit einhergehend wird syrisches Gebiet von der NATO bombardiert.

Haltet die Augen offen! Es ist unsere Aufgabe, die Bestrebungen des deutschen Imperialismus schon heute hier zu bekämpfen. Dafür sind vielfältige kleine Aktionen und Massendemonstrationen nötig. Wir, die »Berliner Initiative gegen Krieg und Militarisierung«, laden alle KriegsgegnerInnen und AntimilitaristInnen dazu ein, sich daran zu beteiligen. Krieg beginnt hier! Beenden wir ihn hier!

Weitere Infos unter www.nowar.blogsport.de und www.syrien-tagx.tk. ■

GÜZ MARKIEREN, BLOCKIEREN UND SABOTIEREN

In der Altmark – mitten in der schönen Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt – liegt der größte und modernste Truppenübungsplatz Europas. Auf einer Fläche von 232 Quadratkilometern proben hier die Bundeswehr und die Nato die Kriege, die sie gegenwärtig in der Welt führen und in Zukunft führen wollen. Auf dem Gelände des Gefechtsübungszentrums (GÜZ) soll eine Kulissenstadt mit dem Namen Schnöggersburg entstehen. Im November 2012 hat die Bundeswehr mit dem Bau der Kriegsübungsstadt begonnen. Ab 2017 sollen SoldatInnen dort die Aufstandsbekämpfung in urbanen Zentren trainieren. Es wird eine künstliche Stadt aus insgesamt 520 Gebäuden errichtet, inklusive U-Bahn-Stationen, Elendsviertel, Häuserschluchten, einem Fluss und Brücken. Antimilitaristische AktivistInnen haben bereits verschiedenste Protestaktionen gegen das GÜZ organisiert, unter anderem wurde das Gelände geentert und mit antimilitaristischen Parolen farblich markiert. 2013 wird es wieder ein WarStartsHere-Camp geben. Vom 21. bis 29. Juli werden wir gemeinsam in der Nähe des GÜZ antimilitaristisch campen, diskutieren und Aktionen starten. Weitere Informationen unter warstartsherecamp.org. ■





TERMINE

Demonstration
Mieten runter – Löhne rauf!
Kiezspaziergang zu Orten von MieterInnenverdrängung und -widerstand in Friedrichshain. Videokundgebung im Anschluss.
Mittwoch, 24.04.2013, um 18 Uhr am U Frankfurter Allee in Berlin-Friedrichshain

Veranstaltung
TREND-Gespräch Nr. 9
Löhne hoch – Mieten runter: Geht das überhaupt im Kapitalismus? Diskussion zur Wohnungsfrage als Klassenfrage.
Donnerstag, 25.04.2013, um 20 Uhr im Café Commune in der Reichenberger Straße 157 in Berlin-Kreuzberg

Demonstration
Heraus zum 1. Mai
Klassenkämpferische Blöcke auf der DGB-Demo und der Revolutionären 1.-Mai-Demonstration.
Mittwoch, 01.05.2013, um 9.30 Uhr am Hackeschen Markt in Berlin-Mitte und um 18 Uhr am Spreewaldplatz in Berlin-Kreuzberg

Demonstration
Blockupy-Aktionstage
Blockaden, Platz-Besetzungen und eine Großdemonstration im Herzen des europäischen Krisenregimes
Freitag, 31.05.2013 und Samstag, 01.06.2013 in Frankfurt am Main

RÜCKBLENDE

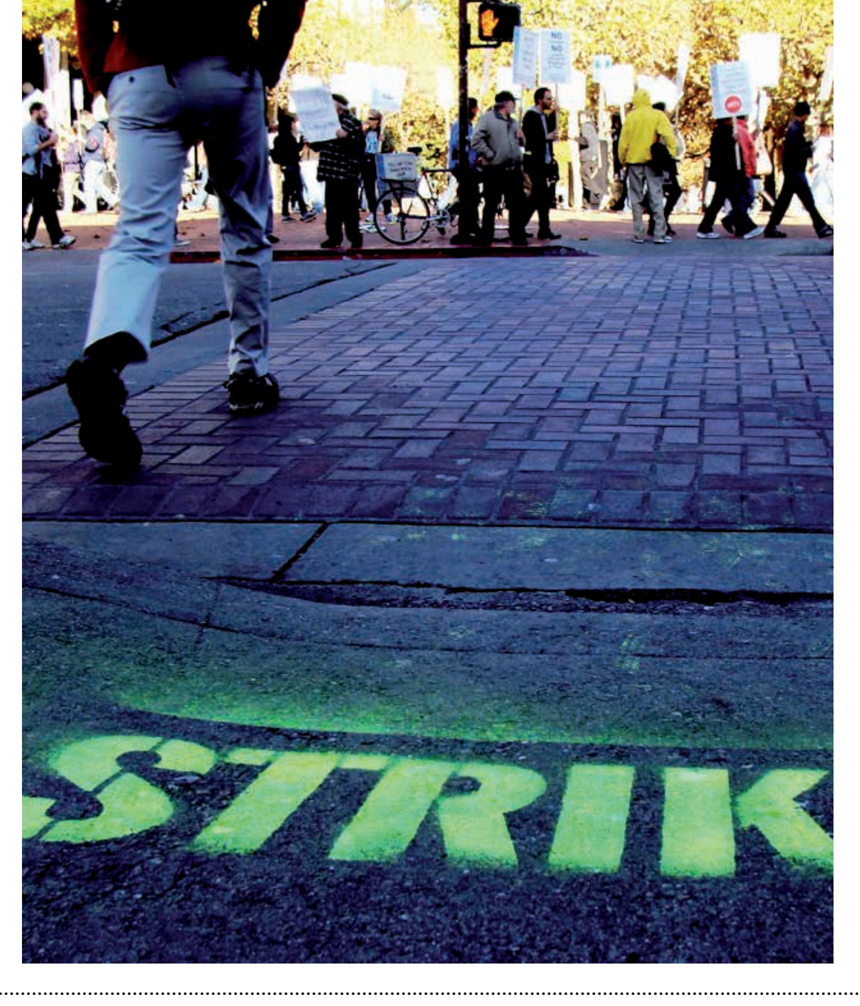
1. Mai 1933
80 Jahre Zerschlagung der Gewerkschaften
Mit der Übertragung der politischen Macht an die NSDAP begann die Errichtung einer terroristischen Diktatur. Der faschistische Terror richtete sich zunächst vor allem gegen KommunistInnen. Ziel der Faschisten war aber von Beginn an die Zerschlagung der gesamten ArbeiterInnenbewegung. Die Führungen der Gewerkschaften setzten auf Anpassung. Am 10. April 1933 wurde der 1. Mai von den Nazis zum »Feiertag der nationalen Arbeit« erklärt. Der ADGB-Bundesvorstand rief in der »Gewerkschaftszeitung« zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 1. Mai auf: »Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf (...) für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlassten Feier festlich zu beteiligen.« SA und SS stürmten am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser und inhaftierten zahlreiche GewerkschafterInnen. Viele Tausend ArbeiterfunktionärInnen wurden im Jahre 1933 verhaftet, gefoltert und ermordet.

GEGEN KRISE, KRIEG & KAPITALISMUS

Internationale Proteste in Frankfurt am Main und am 1. Mai in Berlin

Der diesjährige 1. Mai findet international vor dem Hintergrund weiterer Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme wie Rente und Gesundheitsversorgung, dem Abbau demokratischer Rechte und einem scheinbar unaufhaltsamen Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen statt.

Die Abwälzung jeglicher Risiken und Verluste aus der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf die Lohnabhängigen wird in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal und zunehmend Italien immer weiter vorangetrieben. Eine brutale Verarmungspolitik gegenüber den Massen der Lohnabhängigen, RentnerInnen, SchülerInnen und Erwerbslosen soll die Verluste einer nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Produktion ausgleichen, nach dem Motto: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Gleichzeitig ist vor allem aber seit 2011 eine bedeutende internationale Entwicklung von Massenaufständen, Generalstreiks und anderen Protestbewegungen gegen diese herrschenden Verhältnisse und ihre Zumutungen festzustellen. Auch in Berlin steht der 1. Mai 2013 im Zeichen des internationalen Widerstandes gegen die Angriffe der Herrschenden



auf unser Leben und unsere Zukunft. Die revolutionäre 1.-Mai-Demonstration soll in diesem Jahr von Kreuzberg aus ins Regierungsviertel bis vor das Büro der Europäischen Kommission am Pariser Platz ziehen. Dort – im Herzen des europäischen Krisenregimes – wollen wir gemeinsam ein machtvolles Zeichen der Solidarität mit den kämpfenden Menschen in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal senden.

Bereits im letzten Jahr wurde im Rahmen von internationalen Aktionstagen in Frankfurt am Main gegen die Kürzungspolitik der EU protestiert. Das breite bundesweite Bündnis Blockupy ruft auch 2013 zur Blockade der Europäischen Zentralbank EZB auf. Am 31. Mai und 1. Juni 2013 wollen wir den Widerstand gegen die Verarmungspolitik von Regierung und Troika – der EZB, der EU-Kommission und des IWF – in eines der Zentren des europäischen Krisenregimes tragen: an den Sitz der EZB und vieler deutscher Banken und Konzerne – den Profiteuren dieser Politik.

Kommt am 1. Mai zum klassenkämpferischen Block auf der DGB-Demonstration und der revolutionären 1.-Mai-Demonstration! Beteiligt euch an den Aktionstagen gegen die Politik von EZB, EU-Kommission und IWF in Frankfurt am Main!

KLASSENKÄMPFERISCHER BLOCK

Wer wir sind und was wir wollen ...

Der Klassenkämpferische Block ist eine Initiative aus Berlin, die die Stärkung klassenkämpferischer und antikapitalistischer Positionen innerhalb der Betriebe und darüber hinaus zum Ziel hat. Angefangen mit Mobilisierungen zu klassenkämpferischen Blöcken auf den zwei zentralen Demonstrationen am 1. Mai, arbeitet unser Zusammenschluss in unterschiedlicher Konstellation seit 2009.

Wir – das sind vor allem KollegInnen aus den Bereichen Verkehr, Entsorgung, Handel, Erziehung, Dienstleistungen und anderen Branchen. Darüber hinaus sind wir überwiegend, aber nicht ausschließlich, Mitglieder von Gewerkschaften sowie oft in unseren Betrieben und in politischen Gruppen engagiert und organisiert.

Politisch eint uns dabei das Ziel der Abschaffung des Kapitalismus als derzeitige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Überall erleben wir tagtäglich die immer dreisteren Zumutungen kapitalistischer Profitlogik: miese Löhne, unsichere Jobs, Entlassungen, Unternehmenswillkür und Druck der Chefetagen auf die Beschäftigten sind hier nur einige Stichworte. Dagegen setzen wir die solidarische Organisierung und den Kampf der Klasse der Lohnabhängigen überall für ihre Rechte, gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine sozialistische Perspektive! In Zeiten eines kaum vorhandenen Bewusstseins der eigenen Lage sowie vorherrschender Individualisierung und Passivität der Beschäftigten in vielen Bereichen ist dies sicherlich keine einfache Aufgabe.

Mit Kundgebungen, den organisierten Blöcken auf den 1.-Mai-Demonstrationen, inhaltlichen Veranstaltungen, Solidaritätsaktionen sowie mit dieser Zeitung versuchen wir dabei nach unseren Möglichkeiten aktuelle Kämpfe zu unterstützen, in Debatten zu intervenieren und den Klassenkampf von unten wieder auf die Agenda zu bringen.

Schluss mit dem Schmusekurs – Für Solidarität und Klassenkampf!
www. klassenkampfblock.blogsport.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Klassenkämpferischer Block
Infos & Kontakt:
klassenkampfblock.blogsport.de
klassenkampfblock@gmx.net
V.i.S.d.P.: M. Grüss,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Bildnachweis:
Leserichtung: von links nach rechts, von oben nach unten.
01 Tine Nowak // **02** David Ross // **02** Daniel Weber // **03** Caro Eickhoff // **03** Juan Luis García // **04** Morten Strauch // **05** Thorsten Strasas // **05** Jakob Huber // **06** Teacher Dude // **06** Odysseas Gp // **07** Thomas Hawk // **07** Michaud Gael // **08** Omiso / indybay.org

Gefördert durch die Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt

STIFTUNG MENSCHENWÜRDE UND ARBEITSWELT